

Niederschrift über die Sitzung des Fachbeirates für Mädchenarbeit am
08.09.2010

Tagungsort: Esteli-Raum (Kleiner Konferenzsaal, Altes Rathaus)

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 16.30 Uhr

Anwesend:

Frau Stillger - Vorsitzende - bis 16:00 Uhr

Frau Bartheidel

Frau Borgmann

Frau Dumanli

Frau Dr. Fegter

Frau Golinski

Frau Häckel

Frau Kiefer

Frau Laux

Frau Mund

Frau Tkacz

Frau van Waveren

Frau Wandelt

Frau Ziesche

Gäste/ Verwaltung:

Frau Buddemeier - Gleichstellungsstelle

Frau Grewe - Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten -; TOP 3)

Frau Bubenzer - Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten -; TOP 4)

Frau Neuhäuser - Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -; TOP 7)

Frau Prizebilla-Voigt - Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -

Frau Duffert - Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -

Frau Tiemann - Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - Schriftführerin

Öffentliche Sitzung:

Frau Stillger begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Fachbeirates für Mädchenarbeit fest.

Zu Punkt 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Stillger bittet aus Zeitgründen (Beginn der Sitzung des JHA um 16:00 Uhr) um folgende Änderungen zur Tagesordnung:

1. Tagesordnungspunkt 7) - „Überarbeitung der Satzung für den Fachbeirat für Mädchenarbeit“ - direkt nach TOP 4) vorzuziehen.
2. Neu in die Tagesordnung aufzunehmen „Doppelhaushaltsplan 2010/2011 für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - als TOP 6).
3. Die verbleibenden Tagesordnungspunkte entsprechend zu verschieben.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit den o.g. Änderungen genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift vom 14.04.2010

Beschluss:

Die Niederschrift des Fachbeirates für Mädchenarbeit am 14.04.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

"Wir fördern Integration!" - Integrationskonzept für Bielefeld

Bericht: Frau Grewe, Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0832/2009-2014

Frau Stillger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Grewe. Frau Grewe stellt die Eckdaten des Integrationskonzeptes und der Vorlage 0832/2009-2014 eingehend vor. Im Jahr 2007 habe der Rat die Verwaltung beauftragt, ein entsprechendes Konzept für Bielefeld zu erarbeiten. Das nunmehr vorgelegte Integrationskonzept sei in einem breit angelegten, partizipativen, konsensorientierten und damit auch sehr zeitaufwendigem Prozess erarbeitet worden und solle als Grundlage für die zukünftige Integrationspolitik, Integrationsförderung und Integrationsarbeit in Bielefeld verstanden werden. Vertiefend erläutert Frau Grewe die Vision, Umsetzungsschritte und die integrationspolitischen Ziele des Konzeptes (Anlage 1 - 3 der Vorlage). Das Konzept sehe eine stärkere Eingliederung der Menschen mit Migrationshintergrund - in Bielefeld seien dies 97.000 Menschen - in allen gesellschaftlichen Bereichen, von Gesundheit, über Bildung bis hin zum Arbeitsmarkt, vor. Allen Beteiligten sei klar, dass es sich bei diesem „Querschnittskonzept“ nicht um eine einmalige und damit abschließende Erarbeitung handeln könne, sondern eine fortlaufende Überarbeitung/ Anpassung notwendig sei.

Auf Rückfrage von Frau Dr. Fegter bestätigt Frau Grewe die Mitwirkung von Frauen- und Mädchenvertreterinnen in den einzelnen an der Erarbeitung beteiligten Foren und Projektgruppen.

Frau Häckel hinterfragt die derzeit noch nicht durch Priorität erfassten Maßnahmen/ Arbeitsfelder. Hier versichert Frau Grewe die Installation eines sog. Monitoring zur nachhaltigen Überprüfung der Wirksamkeit der derzeitigen Aufgabenpalette.

Frau Buddemeier ergänzt, dass es bezüglich der Frage der wirksamen Umsetzung zu kritischen Hinterfragungen kommen müsse, um sicher zu stellen, wer zu einzelnen Arbeitsfeldern/ Maßnahmen die Ergebnisverantwortung trage. Sie schlägt daher vor, dass der Fachbeirat für die Bereiche, die in seiner Verantwortung liegen, eine entsprechende Überprüfung installieren solle.

Frau Stillger spricht sich diesbezüglich für klare Zielvorgaben und Verbindlichkeiten, die auch nachhaltig überprüft werden, aus. Hiermit müsse man die Konzeptmaßnahmen sichern.

In der weiteren Diskussion wundert sich Frau Ziesche über die sprachliche Formulierung der Vision. Ihrer Meinung nach, hätte man die Vision auch durchaus positiver formulieren können.

Frau Stillger regt zum Thema Sprachförderung eine explizite Aufnahme in den Maßnahmenkatalog an. Für die erforderliche Maßnahmensicherung schlägt sie eine Verankerung in den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen vor.

Frau Stillger sichert die Unterstützung des Fachbeirates für Mädchenarbeit hierzu zu. Zum Weiteren biete sich durch die im Fachbeirat vertretenen Arbeitsfelder eine gute Vernetzungsstruktur um Maßnahmen nachzuhalten.

Frau Duffert schlägt ergänzend die Beteiligung/ Einbeziehung des Facharbeitskreises „Migration und Gender“ als ein in diesem Zusammenhang wertvolles Gremium vor.

Abschließend hält der Fachbeirat für Mädchenarbeit ergänzend zur Beschlussfassung fest, dass folgende Festschreibungen im Integrationskonzept, welches grundsätzlich sehr begrüßt werde, fehlen:

- Festschreibung, wer das Monitoring überprüft.
- Wer hat zu welchen Maßnahmen/ Arbeitsfeldern die Ergebniskontrolle herbeizuführen.
- Als sog. „Querschnittskonzept“ könne nicht allein das Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten für die Umsetzung und Einhaltung verantwortlich sein.
- Der Fachbeirat sieht ohne Konkretisierungen hierzu die Umsetzung des Konzeptes als nicht gewährleistet.
- Eine Einbettung in die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung wird befürwortet.

Beschluss:

1. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat für die Stadt Bielefeld, die sich als weltoffene, tolerante und als Stadt der Vielfalt mit all ihren Facetten bekennt, eine herausragende Bedeutung. Integration gehört zu den strategischen Zielen Bielefelds.

Das Bielefelder Konzept `Wir fördern Integration! – Integrationskonzept für Bielefeld´ wird als Grundlage der künftigen kommunalen Integrationspolitik, -förderung und –arbeit verabschiedet.

Mit dem Konzept stellt sich die Stadt Bielefeld der Frage, wie Integration als langwieriger Aushandlungsprozess so gestaltet werden kann, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt perspektivisch am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben gleichberechtigt teilhaben können. Es beschreibt die grundlegenden Rahmenbedingungen für einen respektvollen und gleichberechtigten Umgang zwischen Menschen ohne und mit Migrationshintergrund auf der Basis des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (LVerf NRW).

Das Konzept ist für die Stadt Bielefeld

- „Querschnittskonzept“ und Orientierungs- und Handlungsrahmen für Integrationsförderung und –arbeit als eine (gesamt-) gesellschaftliche und politische Aufgabe, bei der Menschen mit Migrationshintergrund, Aufnahmegesellschaft und Politik ihre unterschiedlichen Beiträge zu leisten haben.
- verbindlicher Rahmen für kommunalpolitische Handlungsansätze, die in einem fortlaufenden Prozess von Zielformulierung, Maßnahmeplanung und Controlling erarbeitet und weiterentwickelt werden.

- Grundlage für die Fortsetzung und Weiterentwicklung des Dialogs mit Akteurinnen bzw. Akteuren inner- und außerhalb der Verwaltung und für Strukturen für deren Beteiligung.
 - Handlungsinstrument zur Begleitung, Unterstützung und Umsetzung im Konzept verankerter Maßnahmen zur Integrationsförderung und –arbeit in kooperativer Vernetzung aller Beteiligten und für die künftigen Ziele und Grundsätze der Steuerung.
2. Die Stadt Bielefeld begrüßt und verabschiedet das Leitbild `Bielefeld – Zusammenleben in Vielfalt´ für die Bielefelder Integrationspolitik, -förderung und –arbeit als Orientierungsrahmen für die Ziele und das Handeln sowie für ein grundlegendes Verständnis von Integration (Anlage 1).
 3. Im Rahmen des Leitbilds (s. Ziff. 2) bekennt sich die Stadt Bielefeld zu integrationspolitischen Zielen und Aufgaben (vgl. Anlage 2 zum Beschlussvorschlag).
 4. Die Stadt Bielefeld befürwortet die Beachtung und Umsetzung der Handlungsfeld bezogenen Zielsetzungen und Maßnahmevorschläge des Integrationskonzepts. Vorrangig sind zunächst die Ziele und Maßnahmevorschläge gem. Anlage 3 zum Beschlussvorschlag zu berücksichtigen und umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4

Vorstellung des Mentoring-Projektes des Amtes für Integration und interkulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Schwerpunktthemas Übergang Schule und Beruf

Bericht: Frau Bubenzer, Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten - RAA -

Frau Stillger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Bubenzer von der RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderer Familien); angesiedelt im Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten.

Frau Bubenzer gibt einen Einblick in das für Bielefeld neue Mentoring-Projekt „Neue Wege in den Beruf“ für junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte.

Das Projekt wird vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW gefördert und vom Zentrum Frau in Beruf und Technik (www.zfbt.de) aus Castrop-Rauxel in enger Zusammenarbeit mit den RAA´s durchgeführt. Für das Schuljahr 2010/2011 ist nun auch Bielefeld erstmals neben 16 weiteren Städten in NRW vertreten.

Ziel des Vorhabens ist es, junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte beim Übergang von der Schule in den Beruf - z.B. bei der Ausbildungsplatzsuche oder Studienfachwahl - zu unterstützen. In Bielefeld hat das Projekt mit 3 Mädchen gestartet. Die Auftaktveranstaltung in Castrop-Rauxel habe bereits stattgefunden; am 04.10.2010 finde die Folgeveranstaltung in Bielefeld statt, zu der sie auch die Fachfrauen des Beirates herzlich einlade.

Aufgrund von Fördervorgaben/ Bedingungen werde das Projekt nur in den als soziale Stadt-Gebiet (Bielefeld Sieker) ausgewiesenen Wohngebieten durchgeführt.

Der Fachbeirat für Mädchenarbeit begrüßt die Projektteilnahme. Frau Stillger bittet Frau Bubenzer zu gegebener Zeit einen ersten Erfahrungsbericht im Fachbeirat zu geben.

-.-.-

**Zu Punkt 5
(vorgezogen)**

Neufassung der Satzung für den Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1242/2009-2014

Frau Stillger ruft die Beschlussvorlage auf und erläutert die wesentlichen Eckdaten, die die erforderliche Überarbeitung der Satzung für den Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld begründen.

Beschluss:

Der Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss zu beschließen, dem Rat zu empfehlen die Überarbeitung der Satzung für den Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld entsprechend der Anlage 1 der Beschlussvorlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 5.1
(neu)**

Einführung und Verpflichtung von neuen Fachbeiratsmitgliedern hier: Frau Seviye Dumanli

Frau Stillger begrüßt Frau Dumanli als neues beratendes Mitglied im Fachbeirat und nimmt die Verpflichtung nach Formel vor. Frau Dumanli ist vom Rat am 06.05.2010 in den Fachbeirat als Mitglied des Integrationsrates gewählt worden; eine Bestellung durch den JHA entfällt daher.

-.-.-

**Zu Punkt 5.2
(neu)**

**Benennung von weiteren Fachbeiratsmitgliedern
hier: Vertreterin des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe**

Mit der Überarbeitung der Satzung des Fachbeirates für Mädchenarbeit wurde auch die Mitgliederzusammensetzung verändert. Der Fachbeirat besteht nach § 2 mit Inkrafttreten der Satzung künftig aus 18 stimmberechtigten und bis zu 2 beratenden Mitgliedern. Zu den stimmberechtigten Mitgliedern gehört nach § 2 Abs. 2 der Satzung dann auch eine Vertreterin des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe.

Frau Stillger schlägt für dieses Tätigkeitsfeld Frau Duffert vom Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - vor.

Beschluss:

Der Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld schlägt als Vertreterin des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe Frau Andrea Duffert vom Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - als stimmberechtigtes Mitglied im Fachbeirat für Mädchenarbeit nach § 2 Abs. 2 der neuen Satzung vor und bittet den Jugendhilfeausschuss nach Inkrafttreten der neuen Satzung um entsprechende Bestellung.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 6
(neu)**

Doppel-Haushaltsplan 2010/2011 für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1299/2009-2014

Frau Prizebilla-Voigt erläutert die Darstellung der Beschlussvorlage. Zur Systematik der HSK-Maßnahmen geht sie beispielhaft auf einzelne Bereiche wie z.B. die Ansatzanpassung des Zuschusses bei der Mittagsverpflegung (Maßnahme-Nr. 238), Anpassung der Elternbeiträge (Maßnahme-Nr. 239) sowie den Wegfall der zusätzlichen Förderung durch das Jugendamt im Bereich der Jugendgruppenleiter/innenausbildung ein. Auf Nachfrage verdeutlicht sie, dass alle Maßnahmen auf ihre Sozialverträglichkeit hin überprüft worden seien; sog. „schwarze Löcher“ - also eine ersatzlose Streichung der Aufgabe - seien vermieden worden.

In der weiteren Diskussion bemängelt Frau Stillger insbesondere die sich für sie als besonders kritisch darstellenden HSK-Maßnahmen (Nr. 242) im Bereich der Erzieherischen Hilfen, die Einsparung von 3.000 EUR beim Jugendring zum Vorteil der Jugendkulturarbeit (Maßnahme-Nr. 241) sowie die 0,5 Stelleneinsparung im Bereich des „Kinderschutzes“ (Maßnahme-Nr. 250).

Frau Prizebilla-Voigt versichert, dass hier im Bereich der Erreichbarkeit und der Einzelfallberatung der bisherige Leistungsumfang bestehen bleibe. Einschränkungen werde es im Bereich der allgemeinen Aufklärungsarbeit geben. Unter der Vorgabe insgesamt 40 Millionen Euro einsparen zu müssen, müsse es allen Beteiligten deutlich sein, dass dieses Ziel nicht unbemerkt zu erreichen sei.

Abschließend weist Frau Prizebilla-Voigt auf die im 6. Teil der Vorlage befindlichen Neu- und Erweiterungsanträge Freier Träger hin. Die Entscheidung hierüber treffe nicht das Jugendamt sondern die Politik.

Frau Stillger votiert für den Antrag des Mädchentreffs über einen Zuschuss i.H.v. 1.000 EUR um den Eigenanteil der Einrichtung zu dem von der Aktion Mensch geförderten Projektes zu sichern. Bezüglich des Antrages auf eine ergänzende Leistungsvereinbarung zur Erhöhung des Personalkostenzuschusses von EigenSinn e.V. befürchtet sie derzeit leider keinen Erfolg bei der Realisierung.

Als äußerst belastend findet Frau Stillger die HSK-Maßnahme (Nr. 253) „Keine Tarifsteigerung bei den Leistungsverträgen“. Durch den Eckdatenbeschluss des Rates vom 25.03.2010 zum Doppelhaushalt 2010/2011 und damit zum HSK 2010 - 2014 wurden Zuschüsse an private Dritte sowie Betriebskostenzuschüsse bis 2014 auf dem Niveau des Jahres 2009 bzw. auf der Basis geltender Verträge festgeschrieben. Hierdurch werde die bisherige schon schwer zu haltende Qualität der Arbeit Freier Träger drastisch gefährdet. Auch müsse hier zusätzlich ein hoher Motivationsverlust der in diesen Bereichen Tätigen befürchtet werden. Der Inhalt der Leistungsverträge müsse dahingehend überarbeitet werden. Sie rät zu dringenden Gesprächen der einzelnen Träger mit politisch Verantwortlichen um dieser Situation noch rechtzeitig entgegen zu wirken. Insbesondere müsse für „kleinere“ Träger deutlich gemacht werden, dass rechtzeitig eine Lösung im Bereich der Leistungsvertragsabschlüsse gefunden werden müsse.

Nach weiterer Diskussion fasst der Fachbeirat für Mädchenarbeit folgenden

Beschluss:

Der Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld folgt dem Beschlussvorschlag nicht.

Der Fachbeirat für Mädchenarbeit empfiehlt dem Unterausschuss Jugendhilfe und dem Jugendhilfeausschuss dem Beschlussvorschlag ebenfalls nicht zu folgen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Vorstellung des 6. Mädchenberichtes mit dem Schwerpunktthema "Übergang Schule und Beruf" Bericht: Frau Duffert, Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -

Der Bericht wird aus Zeitgründen heute nicht diskutiert.

Frau Stillger bittet die Fachfrauen, sich mit dem Bericht auseinander zu setzen und (kritische) Anmerkungen - Stichwort: Berufswahl Näherin - bis Mitte Oktober 2010 an Frau Duffert zu mailen (andrea.duffert@bielefeld.de). Frau Duffert wird die Anmerkungen zusammenfassen und für die Behandlung in der nächsten Sitzung des Fachbeirates am 10.11.2010 vorbereiten.

Die Sitzung wird ab 16:00 Uhr ohne Vorsitz als Diskussionsrunde weitergeführt.

Zu Punkt 8

Unterbringung in akuten Krisensituationen hier: Konzeptentwicklung für eine frühere Hilfestellung bei jungen Mädchen Bericht: Frau Neuhäuser, Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 0770/2009-2014

Die Vorlage wurde am 21.04.2010 bereits von Frau Neuhäuser im Jugendhilfeausschuss vorgestellt. Ausfluss aus der dortigen Vorstellung - insbesondere zu Punkt 4 Tabelle 3 der Vorlage - ist der Vorschlag von Frau Stillger, dieses Thema im Fachbeirat für Mädchenfragen zu erörtern um ein Konzept zu erarbeiten, wie bei jungen Mädchen eine frühere Hilfestellung gewährt werden kann.

Frau Neuhäuser fasst den Tabelleninhalt nochmals zusammen. In 2009 wurden insgesamt 180 Bielefelder Kinder und Jugendliche Inobhut genommen. Davon waren 74 Jungen (41%) und 106 Mädchen (59%).

Gerade im Alter zwischen 12 und 18 Jahren sei die Inanspruchnahme der Inobhutnahme durch Mädchen deutlich höher als bei den Jungen. Dieses Verhältnis sei auch aus Vorjahren bekannt. Aus der Praxis sei erklärbar, dass Mädchen sich weniger vor der massiven Eskalation innerhalb der Familie - die dann zur Inobhutnahme führe - Hilfe und Unterstützung durch die Jugendhilfe holen. Im Gegensatz zu Jungen seien Mädchen sehr wohl mit Freundinnen, manchmal auch Lehrerinnen, Sozialarbeiterinnen aus den Jugendzentren im Gespräch über ihre Situation.

Aus diesem Grund sei es für die Jugendhilfe schwerer sie im Vorfeld der Inobhutnahme im Gegensatz zu Jungen zu erreichen.

Die Frage stelle sich, welche Möglichkeiten es zur Unterbrechung dieses Prozesses gebe.

Frau Kiefer berichtet ergänzend zu diesem Sachverhalt aus Sicht des Mädchenhauses. Auch für sie stelle sich die Frage nach einer Möglichkeit die Mädchen früher zu erreichen und wann sich dann daraus ein Handlungsauftrag ergebe. Frau Kiefer schlägt vor, die Zugangsmöglichkeiten zu den Mädchen zu analysieren.

Frau Mund spricht sich für eine frühe Sensibilisierung, z.B. bereits in den Kindergartenbereichen eventuell in Verbindung mit den Erziehungsberatungsstellen, aus.

Frau van Waveren hält ein geschultes „Hinschauen“ zumindest auch im Grundschulbereich für sehr hilfreich.

Frau Ziesche spricht sich für eine bessere Vernetzung mehrerer Präventionsbereiche untereinander aus.

Frau Kiefer berichtet von ihren gemachten Erfahrungen anlässlich von Aufklärungsveranstaltungen in Schulen (z.B. zum Thema Zwangsheirat). Hier sei dann oft eine hohe Anzahl an Fragestellungen zu bemerken, aber es sei leider dann auch oft so, dass bei weiteren Hinterfragungen heraus käme, dass „das Kind schon in den Brunnen gefallen“ sei. Sie halte daher eine möglichst früh einsetzende Präventionsarbeit für die beste Lösung.

In der weiteren Diskussion wird in diesem Zusammenhang auch über eine als allgemein notwendig erachtete Imageverbesserung des Jugendamtes beraten. In vielen Bereichen - auch in Betreuungseinrichtungen - sei immer noch eine Schwellenangst gegenüber dem Jugendamt zu spüren.

Auf Nachfrage erläutert Frau Prizebilla-Voigt, dass für alle Bereiche der Jugendhilfe, d.h. neben dem Jugendamt auch für Beratungsstellen, Anbieter von stationären und ambulanten Hilfen, Kindertagesstätten und für die Jugendförderung der Schutzauftrag nach dem seit 2005 ergänzend in das Gesetz aufgenommen § 8 a SGB VIII (KJHG) gelte. Für den Bereich von Präventionsangeboten im Schulbereich sei hier jedoch noch das Schulgesetz NRW (§42) anzuwenden. Dieser Tatbestand sei in der Präventionsarbeit oft hinderlich.

Nach weiter Diskussion schlägt Frau Prizebilla-Voigt die Beendigung der heutigen Diskussion und eine Fortsetzung hierzu in der nächsten Sitzung des Fachbeirates vor.

Frau Kiefer bietet die Vorlage einer Statistik aus dem Mädchenhaus an.

Die Diskussionsrunde wird an dieser Stelle für heute beendet.

Zu Punkt 9

Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss

Es wird heute kein Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss gegeben.

Zu Punkt 10

Berichte aus der Mädchenarbeit

Es werden heute keine Berichte aus der Mädchenarbeit gegeben.

Zu Punkt 11

Verschiedenes

Folgende Veranstaltungshinweise werden an die Anwesenden verteilt:

- 25 Jahre Mädchentreff Bielefeld e.V.: „einfach schön“ Projekte in den Herbstferien 2010
„freestyle und finger food, fast food - fun food“
- 25 Jahre Mädchentreff Bielefeld e.V.: Einladung zur Jubiläumsparty am Freitag, 17.09.2010 ab 18:00 Uhr in den Räumlichkeiten des Mädchentreffs in der Alsenstr..

Im Rahmen des offiziellen Empfangs anlässlich des Jubiläums am 17.09.2010 um 10:30 Uhr wird Frau Duffert offiziell für den Fachbeirat vertreten sein.

- Einladung zu einer Fachtagung „Castingshow als Vorbild?“ Das Reality-TV-Format in der pädagogischen Arbeit, 22.09.2010 in Mülheim an der Ruhr
- Einladung zur bundesweiten Fachtagung „Mädchengesundheit“ der BAG Mädchenpolitik e.V. am 25./26.10.2010 in Torgau/Sachsen.

Zu Punkt 11.1 Thema des 7. Mädchenberichtes

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung des Fachbeirates am 10.11.2010 behandelt.

Zu Punkt 11.2 Sachstand zu den Leistungs- und Finanzierungsverträgen

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung des Fachbeirates am 10.11.2010 behandelt.

Zu Punkt 11.3 Fachtag "Gender und Kultur"

Frau Prizebilla-Voigt schlägt vor, den geplanten Fachtag bis zur nächsten Sitzung vorzubereiten und das Konzept in der nächsten Sitzung vorzustellen.

Zu Punkt 11.4 Verbesserter Informationsaustausch mit dem Arbeitskreis "Offene Mädchenarbeit"

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung des Fachbeirates am 10.11.2010 behandelt.

Zu Punkt 11.5 Themen für die nächste Sitzung des Fachbeirates für Mädchenarbeit am 10.11.2010

Folgende Themen sind u.a. für eine Behandlung in der nächsten Sitzung vorzusehen:

- 6. Mädchenbericht
- Thema des 7. Mädchenberichtes

- Sachstand zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen
- Fachtag „Gender und Kultur“
- Verbesserter Informationsaustausch mit dem Arbeitskreis „Offene Mädchenarbeit
- Konzeptentwicklung für eine frühere Hilfestellung bei jungen Mädchen - Fortsetzung -
- Lebenslagenbericht 2009
- Sitzungstermine 2011

Bielefeld, den 08.09.2010

gez. _____
Stillger, Vorsitzende

gez. _____
Tiemann, Schriftführerin